

Fair statt prekär / Faire Bedingungen für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter

Antragsteller: Sachausschuss Beruf - und Arbeitswelt

Der Diözesanratsvorstand wird beauftragt

1. In der Gesellschaft Stimme für LeiharbeiterInnen und Leiharbeiter zu erheben.
2. Über Bundespolitiker Einfluss auf die gesetzliche Ausgestaltung zu nehmen, um auf „faire statt prekäre“ Arbeitsverhältnisse hinzuwirken.
3. Innerkirchlich unseren Diözesanbischof Wilhelm Schraml um einen Sozial – Hirtenbrief zu bitten

Wir sehen:

- Starke Zunahme von Leiharbeit in den letzten Jahren
- Direkter Zugang zu regulären betrieblichen Arbeitsverhältnissen ist vielfach nicht mehr möglich.
- Arbeitsagenturen verweisen und vermitteln in der Regel nahe zu ausschließlich an Zeit – bzw. Leihfirmen.
- Wir sehen Verunsicherung von ArbeitnehmerInnen und deren Familien durch die Kurzfristigkeit der Arbeitsverhältnisse an wechselnden Einsatzorten.
- Durchschnittliche Verleihdauer 4 Monate je Einsatzort.
- Lohndumping durch Leiharbeit. Leih - und ZeitarbeiterInnen verdienen durchschnittlich nur die Hälfte des Stammpersonals.
- Überdurchschnittlich hoher Anteil von sog. „Hartz IV – Aufstockern“
- Kündigungsschutz wird unterlaufen.
- Spaltung der Belegschaften in den Betrieben (ArbeitnehmerInnen zweiter Klasse)

Wir fordern

1. Der Einsatz von LeiharbeiterInnen dient zur Abdeckung von betrieblichen Auftragspitzen und ist auf das notwendige Maß zu begrenzen.
2. Gleichbehandlung der LeiharbeiterInnen mit der Stammsbelegschaft in jeder Hinsicht. (Mitarbeiterrechte, gleicher Lohn für gleiche Arbeit)
3. Rückbesinnung der Arbeitsagenturen auf ihre eigentliche Aufgabe, der Vermittlung in reguläre Arbeitsverhältnisse.
4. Betriebe sollen sich des Wertes erfahrener und langfristiger ArbeiterInnen wieder bewusst werden. Dies wirkt imagesteigernd, wertsteigernd und zukunftssichernd.
5. Wir wiederholen die Forderung eines Beschlusses der Vollversammlung vom 8. März 2008 zur Einführung eines bundesweiten allgemein gesetzlichen Mindestlohnes von derzeit 9, 20 €

Der Antrag wurde auf der Vollversammlung am 26.3.2011 beschlossen